

Kleinklassen werden abgeschafft

Zürcher Kantonsrat sagte Ja zur Einführung von Förderklassen. Eine Volksabstimmung scheint vom Tisch zu sein.

Sven Hoti

Die Förderklassen kehren im Kanton Zürich zurück. So viel steht eigentlich seit März 2025 fest, als der Zürcher Kantonsrat der Initiative «Für eine Schule mit Zukunft – fördern statt überfordern» («Förderklassen-Initiative») von FDP, SVP und GLP zustimmte. Unklar war damals, ob die Vorlage noch vors Volk kommt; die AL hatte mit einem Referendum gedroht. Doch ein solches scheint nun mehr oder weniger vom Tisch – und damit auch eine Volksabstimmung.

Wie Vertreterinnen von AL, SP und Grüne aus dem Kantonsrat auf Anfrage der Limmattaler Zeitung mitteilen, wird es von linker Seite voraussichtlich kein Referendum gegen die Vorlage geben. Zumindest nach aktuellem Stand, wie es von SP und Grünen noch vorsichtig heisst. Der Grund: Die vom Kantonsrat bearbeitete Umsetzungsvorlage lasse den Gemeinden genügend Spielraum, um selbst zu entscheiden, ob sie Förderklassen einführen möchten oder nicht.

Mit der voraussichtlichen Einführung der Förderklassen kehrt der Kanton nun also zu einem System zurück, von dem er sich in der zweiten Hälfte der Nullerjahre verabschiedet hatte. Statt Kinder mit besonderen Bedürfnissen in gesonderten Klassen zu unterrichten, sitzen sie zusammen mit allen anderen Kindern aus dem Regelschulbetrieb zusammen. Es war der Anfang der integrativen Schule im Kanton Zürich.

Doch der Lehrpersonenmangel und die Kritik an diesem System aus der Branche rüttelte daran. Die Lehrpersonen seien überfordert, die Schulklassen unruhig und die betroffenen Kinder profitierten kaum, so die Gegnerinnen und Gegner. Deswegen reichte ein Bündnis aus GLP, FDP und SVP im Juli 2024 die Förderklassen-Initiative ein. Der Regierungsrat sprach sich gegen einen erneuten Systemwechsel aus, eine Mehrheit im Kantonsrat zwang ihn im März 2025 da-



Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen werden in Zukunft wieder in Förderklassen eingeteilt werden können.

Symbolbild: Keystone

zu, eine Umsetzungsvorlage auszuarbeiten.

«Belastungsgrenze wurde überschritten»

Über diese Umsetzungsvorlage beziehungsweise die Änderungen der zuständigen Kommission befand der Kantonsrat am Montag. Und obwohl die Sache eigentlich klar ist, lieferte das Thema nochmals Diskussionsstoff für fast zwei Stunden.

Einmal mehr entbrannte eine Grundsatzdebatte über Sinn und Unsinn von Förderklassen. «Die Vorlage schadet Kindern mehr als sie nützt», sagte Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen). Je länger ein Kind separiert werde, desto mühsamer

werde die Reintegration in die Regelklasse. Nicole Wyss (AL, Zürich) sprach von einem «Schritt zurück zur Separation». Kinder müssten stetig Angst haben, ausgeschlossen zu werden.

Bedenken hatte die Linke auch wegen der Personalressourcen: Die Förderklassen sollen von Heilpädagoginnen und -pädagogen unterrichtet werden. Wilma Willi (Grüne, Stadel) gab zu Bedenken, Fachpersonen seien schon heute knapp. «Sie werden in den Regelklassen fehlen.»

Ganz anders sahen dies GLP, FDP und SVP. «Die Integration sämtlicher Kinder in Regelklassen hat dazu geführt, dass die Belastungsgrenze überschritten

wurde», kritisierte Tobias Infortuna (SVP, Egg). Ein geregelter Unterricht sei so verunmöglicht worden. Seine Parteikollegin Anita Borer aus Uster führte gar das angeblich sinkende Bildungsniveau in der Schweiz auf die integrative Schule zurück.

Die integrative Schule bleibe richtig und wichtig, relativierte Nadia Koch (GLP, Rümlang). «Sie darf aber nicht dazu führen, dass Lehrpersonen und Kinder überfordert werden.» Kinder mit besonderen Bedürfnissen würden dank Förderklassen besser integriert.

Mitte und EVP zählten zu den neuen Verbündeten von GLP, FDP und SVP im Kampf um die Förderklassen. Sie zeig-

ten sich überzeugt von der im Vergleich zur Initiative «moderateren» Umsetzungsvorlage, wie es Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon) ausdrückte. Die Mitte begrüßte es, dass die Gemeinden selbst entscheiden können, ob sie Förderklassen einführen möchten. Und dass sie dabei zusätzliche Mittel vom Kanton zur Verfügung gestellt bekommen. Es gelte allerdings, die Wirkung der Förderklassen sorgfältig zu evaluieren, mahnte Kathrin Wydler (Mitte, Wallisellen).

Aufhebung der Kleinklassen «problematisch»

Ein Zankapfel bei der Umsetzungsvorlage war die Ab-

schaffung der Kleinklassen. Diese sind auf Primar- und Sekundarstufe eine Möglichkeit, Kinder und Jugendliche mit erhöhtem Förderbedarf für eine bestimmte Zeit gesondert zu unterrichten – ähnlich den Förderklassen.

Für die Mehrheit des Kantonsrats sind sie nun wegen der neuen Förderklassen obsolet geworden. Zudem würden sie nur noch von sechs Gemeinden im Kanton genutzt, sagte Marc Bourgeois (FDP, Zürich). Zudem: «Kleinklassen gibt es auch danach noch, sie heissen einfach Förderklassen.»

Dem widersprach SP-Kantonsrätin Sibylle Jüttner. Förder- und Kleinklassen liessen sich nicht vergleichen. «Diese Formen kann man nicht einfach austauschen. Damit werden Sie keinem der Kinder in den Förderklassen gerecht.» Grünen-Kantonsrätin Wilma Willi sagte, ihre Partei hätte mit der Umsetzungsvorlage des Regierungsrats «noch leben können». Die Aufhebung der Kleinklassen aber sei problematisch und erhöhe die Heterogenität.

Auch Bildungsdirektorin Silvia Steiner (Mitte) zeigte sich zufrieden mit der aktuellen Vorlage. Damit erweitere man die Gestaltungsmöglichkeiten der Schulen und Gemeinden. «Jedes Kind soll die Unterstützung bekommen, die es braucht, ohne das System zu überlasten.» Steiner betont aber, dass die Förderklassen stets die Rückkehr in den Regelbetrieb im Fokus haben und nicht zu einer starren Separation führen sollten.

Offen bleibt, wie teuer die Vorlage für Kanton und Gemeinden werden wird. Die Initiative forderte eine kostenneutrale Umsetzung. Laut Steiner könne diese nur eingehalten werden, wenn die Quote an Sonderschülerinnen und -schülern durch die neuen Massnahmen gesenkt werden könne.

99 Gemeinden wehren sich

Referendum gegen das neue kantonale Lehrpersonalgesetz.

99 Städte und Gemeinden haben gegen das geänderte Zürcher Lehrpersonalgesetz das Referendum ergriffen. Sie warnen vor Mehrkosten von 83 Millionen Franken pro Jahr. Der Kantonsrat will den Lehrpersonen mehr Zeit für Elterngespräche oder Lagerorganisation geben.

Das Kantonsparlament hatte die Vorlage zum neuen Berufsauftrag für Lehrpersonen in zweiter Lesung knapp mit 90 zu 87 Stimmen angenommen. Unter anderem sollen die Klassenlehrpersonen gestärkt werden. Das heisst, sie erhalten mehr Zeit für Extra-Arbeit wie Elterngespräche, Lagerorganisation oder Konfliktgespräche.

Doch die Gemeinden wollen da nicht mitmachen. «Die finanzielle Mehrbelastung überstrapaziert ihre finanzpolitischen Möglichkeiten», teilte der Verband der Gemeindepräsidenten (GPV) am Montag mit.

Der Schlussabstimmung im Kantonsrat gingen Grundsatzdebatten über die Arbeitsbedingungen von Lehrpersonen voraus. SVP und FDP kritisierten unter anderem, dass den Sorgen der Gemeinden wegen anfallender Mehrkosten keine Beachtung geschenkt werde.

FDP und SVP ergriffen zudem das Kantonsratsreferen-

dum. Eigentlich wäre das Gemeindereferendum damit gar nicht mehr nötig gewesen. «Die grosse Anzahl der Städte und Gemeinden, die das Referendum gegen die geplanten wiederkehrenden und massiven Mehrkosten im Volksschulbereich ergriffen haben, zeigt die Besorgnis über die Kostenentwicklung im Bildungsbereich», schreibt der GPV dazu.

Sparen könnten Gemeinden im Bildungsbereich kaum, sie müssten die Vorgaben des Kantons umsetzen, heisst es weiter. 80 Prozent der Löhne des Lehrpersonals zahlen die Gemeinden. (sda)

Spital-Skandal: Ruf nach PUK

Im Kantonsrat forderten gleich drei Parteien weitere Schritte.

Auch an der Kantonsratssitzung zum Wochenaufakt war der Skandal um die Übermortalität am Zürcher Unispital Thema. So haben gleich drei Parteien weitere Schritte gefordert. Diese gingen von der Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) bis zum Einsitz der Gesundheitsdirektion im Spitalrat.

Claudio Zihlmann (Zürich) forderte in einer Fraktionserklärung der FDP, dass der Kantonsrat als Oberaufsicht tätig werden soll. «Wenn es eine PUK braucht, dann setzen wir diese ein», sagte er. Die Vorgänge müssten aufgearbeitet werden, auch im Wissen da-

rum, dass mit Thomas Heini-ger ein Freisinniger zur damaligen Zeit Gesundheitsdirektor war, so Zihlmann.

Gegen eine PUK sprach sich hingegen Jeannette Büsser (Horgen) im Namen der Grünen aus. Es brauche aber mehr als eine Entschuldigung bei den Angehörigen der Verstorbenen. «Die Gründe liegen im System. Die Strukturen schaffen Anreize für Fehlverhalten», sagte sie. Die Grünen forderten Transparenz, einen Lohndeckel, keine Zusatzeinkommen für Ärzte und mehr griffige Kontrollen.

Die AL schliesslich reichte einen Vorstoss ein, der den Einsatz der Gesundheitsdirektion

im Spitalrat fordert. Nicole Wyss (Zürich) sah zwar gute Ansätze, etwa, dass die Gesundheitsdirektion nun Administrativuntersuchungen einleiten kann. «Aber wir müssen noch weiter gehen.»

Der letzte Woche veröffentlichte «Oberholzer-Bericht» ergab, dass es im Zeitraum von 2016 bis 2020 bei rund 4500 Operationen an der Herzklinik des USZ zu 68 bis 74 Todesfällen mehr kam, als statistisch zu erwarten gewesen wäre. Der damalige Klinikdirektor Francesco Maisano habe zudem ein von ihm mitentwickeltes Produkt eingesetzt und soll finanziell profitiert haben. (sda)